

Unter anderem in dieser Ausgabe:

AUS DER REGION: DIE REGIONALMITARBEITER*INNEN s. 5

AUS BIELEFELD: BERICHT VOM BUNDESPARTEITAG s. 7

AUS MITTE UND SÜD: ZWEI MITGLIEDERVERSAMMLUNGEN s. 8

AUS VERPFLICHTUNG: DASS AUSCHWITZ NIE WIEDER SEI s. 9

Veranstaltungstipp

Hoffest im Liebknecht-Haus

Eines von mehreren linken Sommerfesten in diesem Jahr ist das Hoffest im Hof des Liebknecht-Hauses.

Sa. 15.08. ab 14 Uhr
Liebknecht-Haus, Braustr. 15

Mitteilungsblatt

Ausgabe 7-8/2015 Zeitung der Partei DIE LINKE. Leipzig

DIE LINKE.



„Danke, Gregor!“ hieß es bei fast 15 Minuten stehenden Ovationen auf dem Bundesparteitag. Obwohl Gregor Gysi weder ausgetreten noch, wie einige Zeitungen zunächst falsch titelten, zurückgetreten ist, feierten die Delegierten den noch-Fraktionsvorsitzenden nach dessen emotionaler Rede auf dem Parteitag in Bielefeld. **Bericht auf S. 7**

Bild: (C) Jakob Huber via Flickr

Griechenland macht Mut und gibt Kraft

Volker Külöw Von Athen nach Leipzig: Bericht vom Stadtparteitag und den zukünftig anstehenden Aufgaben für den Stadtverband

Das beeindruckende „Nein“ beim Referendum der Griechen am 6. Juli 2015 war ein historischer Sieg für die von Alexis Tsipras geführte Syriza-Regierung. Und eine schallende Ohrgeige für die brutale Austeritätspolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel, die von der SPD vorbehaltlos unterstützt und mitgetragen wird. Es ist gut und richtig, dass DIE LINKE in der Griechenlandfrage aus der sozialchauvinistischen Allparteienkoalition ausschert, denn unsere Partei wurde bekanntlich – wie es Sahara Wagenknecht auf dem Bielefelder Parteitag Anfang Juni treffend formuliert hat – ganz sicher nicht gegründet, um in dieser trüben Brühe mitzuschwimmen. Auch Bundesvorsitzender Bernd Riexinger

betonte als Gastredner auf unserem Stadtparteitag am 20. Juni die prinzipielle Kritik der Linkspartei gegenüber den herrschenden Zuständen und attackierte die SPD für ihre verhängnisvolle Rolle in der Großen Koalition. Breiten Raum nahm in seinen Ausführungen auch die Parteikampagne „Das muss drin sein“ ein, mit der DIE LINKE besonders die prekär lebenden Bevölkerungsschichten sozial unterstützen und zugleich wieder politisch stärker mobilisieren will. Jenseits aller notwendigen Alltagskämpfe der Partei im hier und heute stellte Bernd Riexinger unmissverständlich klar: „Der Kapitalismus ist für uns nicht das Ende der Geschichte“.

Die Kampagne „Das muss drin sein“ spielt

seit dem zentralen Startschuss am 1. Mai auch in unserem Stadtverband eine wichtige Rolle. Am 12. Mai fasste der Stadtverband einen Beschluss zur lokalen Umsetzung der Kampagne, der die Berufung eines Kampagnerrates einschloss. In der bundesweiten Aktionswoche ab 8. Juni realisierten wir fünf der ursprünglich neun geplanten Infostände. Die lokale Untersetzung der Kampagne hat sich u. a. unsere Umwelt-AG Adele mit der Forderung nach einem bezahlbaren ÖPNV für alle auf die Fahnen geschrieben. Nach der Sommerpause geht es mit der nächsten Aktionswoche im September gleich weiter mit der Kampagne.

Auf dem Stadtparteitag wurden auch zwei Anträge beschlossen, um die Entwicklung der Leipziger LINKEN als mitgliederaktiven Stadtverband voranzutreiben und um strategische Schlussfolgerungen für die künftigen Wahlkämpfe zu ziehen. Und die werden mit Gewissheit kommen, auch wenn in der Feierstimmung im tausendjährigen Leipzig derzeit niemand daran denken will. Die Leipziger LINKE lässt sich von dieser Festivalisierung der Stadtpolitik und gepflegten Wohlfühl-Urbanität aber nicht ablenken. Beides ist darauf ausgerichtet, insbesondere für die Touristen, Investoren, Neuankömmlinge und alle dem Bürgerlichen Verpflichteten die Illusion einer harmonischen Stadt zu schaffen. Wir hingegen setzen der Selbstbeweihräucherung die



Stadtparteitag im Veranstaltungssaal der LVB.

Bild: Kay Kamneth

Fortsetzung von Seite 1

Bilder: Kay Kamneth



Betrachtung und Analyse der Wirklichkeit entgegen: insbesondere die sozialen Probleme treiben weiterhin große Teile der Bevölkerung um. Leipzig ist bei Kaufkraft, Einkommen und Armutsquote noch immer am unteren Ende der bundesweiten Skala.

Der Sieg der Demokratie in Griechenland macht auch der deutschen LINKEN Mut, zugleich muss unsere Solidarität und Unterstützung möglichst noch verstärkt werden. Ein beeindruckendes Zeichen setzte der Stadtparteitag. In einer Spendenaktion kamen insgesamt 353,20 Euro für den „Zug der Erinnerung“ zusammen: Diese zivilgesellschaftliche Initiative sammelt derzeit Spenden für ein

Beweissicherungsverfahren gegen die Deutsche Bahn AG. Der Staatskonzern weigert sich beharrlich, die Millionen zurückzuzahlen, die von der Reichsbahn im Zweiten Weltkrieg kassiert wurden, als 58.000 Mitglieder der Jüdischen Gemeinde von Thessaloniki - darunter 12.000 Kinder - auf dem Bahnweg nach Auschwitz deportiert und dort ermordet wurden. Für ihre Fahrt in den Tod hatten die Deportierten Tickets zu lösen. Die Jüdische Gemeinde von Thessaloniki und der „Zug der Erinnerung“ fordern die bedingungslose Rückzahlung der Mordeinnahmen, denn die damaligen Verbrechen sind zwar noch immer ungesühnt, aber auch nicht vergessen.

Aus Srebrenica lernen

Ricky Burzlaff Vor 20 Jahren ereignete sich das Massaker in Bosnien

In diesem wie auch in den letzten Jahren führen Mitglieder von DIE LINKE, dem Kritischen Frieden Leipzig, dem Verein „Verantwortung für Flüchtlinge e.V.“ und der Initiative „Leipzig Korrektiv“ in die bosnische Kleinstadt Srebrenica. Dort ereignete sich vor genau 20 Jahren am 11. Juli 1995 während des Bosnienkrieges der größte Genozid in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Über 8.000 bosnische Muslime, darunter viele Kinder und Jugendliche, wurden von der Armee der Republik Srpska (unter Führung von Ratko Mladic) und serbischen Paramilitärs mit direkter Hilfe der niederländischen UN-Blauhelmsoldaten ermordet. Die systematische Planung und schnelle Durchführung der Massaker innerhalb von nur drei Tagen zeigt, dass es sich - wie bereits vom UN-Kriegsverbrechertribunal und Internationalem Gerichtshof bestätigt - eindeutig um einen Völkermord handelt. Im Juli 1995 maschierten Mladic und seine Armee in eine 1993 errichteten UN-Schutzzone ein und versuchten die Stadt Srebrenica einzunehmen, wobei die UN-Blauhelmsoldaten aus den Niederlanden zunächst untätig zuschauten. Nach Gesprächen zwischen dem Blauhelmkommandanten Thomas Karremans und Ratko Mladic lieferte Karremans aus Angst u.a. um sein eigenes Leben unzählige Menschen aus der Schutzzone den serbischen Massenmördern aus. Trotz des mehrfachen Hilferufes nach Verstärkung aus UNO-Mitgliedsstaaten hatte das Ausland die

Lage in Srebrenica völlig ignoriert. Folglich kooperierten die Blauhelmsoldaten mit den serbischen Verbrechern. Unvergessen sind die Bilder, auf denen Kriegsverbrecher Mladic und Karremans sich nach dem Genozid gegenseitig für die „Kooperation“ bedankten und zum Abschied Geschenke überreichten. Ein Jahr nach Ruanda ein erneut schwerwiegendes Versagen der internationalen Kräfte. Selektion, Deportation und die anschließende Vernichtung sind immer wieder die gleichen Stufen eines Völkermordes, so auch in Srebrenica.

Am 11. Juli wurden zur 20-Jahre-Gedenkveranstaltung wieder 136 neu identifizierte Leichen auf der Gedenkstätte in Potocari nahe Srebrenica beigesetzt. Bewegende Reden und Gespräche mit Angehörigen der Opfer sowie FriedensaktivistInnen aus ganz Europa prägten unsere Besuche in diesem wie auch in den letzten Jahren in Bosnien und Herzegowina. Doch was lehrt uns Srebrenica? Der Völkermord 1995 steht genauso wie der Genozid an den Kosovo-Albanern in den 90er Jahren für die fatalen Folgen serbisch-faschistischer Politik seit den 80er Jahren. Sie setzte dabei auf Großmachtfantasien und ethnisch begründeten Terror. Es ist noch heute von Serbien und anderen imperialistischen Kräften unverantwortlich, zur Machtssicherung auf Misstrauen und Hass zwischen den Volksgruppen auf dem Westbalkan zu setzen. Fest steht für uns alle: Nie wieder

Zahlen & Fakten zum Stadtparteitag

Tilman Loos Zum Stadtparteitag wurden laut Bericht der Mandatsprüfungskommission insgesamt 112 Delegiertenmandate in den Gliederungen und Zusammenschlüssen gewählt, davon 59 Genossinnen und 53 Genossen. Von diesen 112 Genoss*innen waren 60 (53,6 %) anwesend, 41 waren entschuldigt. Von den Anwesenden waren 32 (53,3 %) weiblich und 28 männlich.

Auf dem Parteitag wurden 3 Anträge beschlossen. Der Antrag A1 des Stadtvorstandes sieht vor, dass die Vorschläge der Satzungskommission erst auf der 4. Tagung des 4. Parteitags behandelt und vorher in der Basis diskutiert werden sollen. Zudem sollen Änderungsvorschläge zur Finanzordnung durch die Finanzrevisionskommission vorgelegt werden.

Mit dem Antrag A2 von Frank Elian, Gerd Eiltzer, Steffen Klötzer und weiteren beschloss der Parteitag, dass beim Stadtvorstand eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden soll, die die Erfahrungen der letzten Wahlkämpfe auswerten und Schlussfolgerungen für die kommenden ziehen soll. Beim Antrag A3 übernahmen die selben Antragsteller*innen einen Ersetzungsantrag des Stadtvorstandes. Der so beschlossene Antrag sagt aus, dass der Stadtvorstand unter Einbeziehung der Stadtbezirksverbände und anderer Strukturen bis zur nächsten Tagung ein Konzept für eine Strategiedebatte im Stadtverband vorlegen soll.

Im Bericht zu den Einnahmen und Ausgaben teilte die Schatzmeisterin Elke Gladysz zudem mit, dass das Durchschnittsalter des Stadtverbandes leicht gesunken ist und Ende 2014 bei 64,5 Jahren lag. 2013 war das Durchschnittsalter mit 65,6 Jahren noch 1,1 Jahre höher. Der Durchschnittsbeitrag aller Mitglieder lag Ende 2014 bei 16,58 Euro - und damit 58 Cent höher als am Ende des Jahres 2013.

Krieg, nie wieder Faschismus und vereint gegen jeglichen Hass. Die aktuellen Verharmlosungsversuche Russlands und Serbiens tragen nicht zu einer zwingend notwendigen Versöhnung bei. Heute stellen in Europa wieder nationalistische und imperialistische Kräfte Staatsgrenzen in Frage und gefährden damit den Frieden. Gegen jeden Nationalismus und Imperialismus gilt es sich folglich zu wehren. Umso mehr bedauern wir, dass bei der sog. Leipziger „Friedensbewegung“ um das Friedenszentrum und bei Teilen der LINKEN Leipzig das äußerst wichtige Thema „20 Jahre Völkermord in Srebrenica“ keine Beachtung fand.

Bei den Mieten auf die Bremse treten!

Siegfried Schlegel Mietpreisbremse gehört als Instrument zur Sicherung des bezahlbaren Wohnens für alle in das neue Wohnungspolitische Konzept

Für die Stadtratsfraktion DIE LINKE ist das Instrument „Mietpreisbremse“ zur Sicherung von bezahlbarem Wohnen unverzichtbar. Es gehört zwingend in das neue Wohnungspolitische Konzept.

Für DIE LINKE ist nicht nachvollziehbar, warum erst jetzt der Freistaat ein Gutachten ausschreiben will, obwohl die Rahmenbedingungen dafür bereits im Oktober 2014 klar waren. Die gesetzlichen Vorgaben haben Jahresbeginn die Gremien Bundestag und Bundesrat passiert. Der Freistaat Bayern sowie die Stadtstaaten Berlin und Hamburg haben dazu die Landesverordnungen erlassen. Deshalb greift das Instrument in München, Berlin und Hamburg bereits. Aufgrund der Befristung für fünf Jahre wäre es nicht hilfreich, die Mietpreisbremse sofort und flächendeckend in Leipzig einzuführen. Dessen ungeachtet gehört sie in das Wohnungspolitische Konzept, um stark steigendes Mietwachstum abbremsen zu können. Da die Mietentwicklung und die Wohnungsnachfrage in den Stadtgebieten auch zeitlich unterschiedlich verlaufen, sollte sie deshalb nur in einzelnen Stadtbezirks- bzw. Ortsteilen und zu unterschiedlichen Zeitpunkten eingeführt werden. Obwohl die Mietpreisbremse bei Neubau

sowie für die erste Vermietung nach umfassender Modernisierung nicht greift, führt das in Stadtteilen mit umfangreicher Bautätigkeit dazu, dass tendenziell auch die Mieten in Anwendung des Mietspiegels steigen. Die Folge des fehlenden Neubaus von direkt sozial geförderten Wohnungen führt trotz Bevölkerungsrückgang im Freistaat durch den Bevölkerungswachstum in Leipzig und Dresden zu einem ansteigenden Bedarf für Haushalte mit niedrigem Einkommen.

Innenminister Ulbig sollte seine Ankündigungen „maßgeschneiderte Wohnraumförderung“ und 5000 Sozialwohnungen in Dresden zu schaffen, nicht nur dort endlich Taten folgen lassen. Der Freistaat hatte sich in den zurückliegenden 15 Jahren doch fast ausschließlich auf den Totalrückbau statt eines stadtverträglichen Teilrückbaus konzentriert. In Leipzig wird nur rund die Hälfte der jährlich durch Neubau zu reproduzierenden Wohnungen gebaut, obwohl es in Folge des starken Bevölkerungswachstum sogar zusätzlichen Bedarf gibt.

Unterbringung von Asylsuchenden in Schulen

Juliane Nagel Bericht über eine absolute Ausnahmesituation, langfristige Planungen und eine notwendige bessere Kommunikation

Die Stadtverwaltung plant zwei derzeit nicht genutzte Schulen als Notunterkünfte für Asylsuchende zu nutzen. Die 3. Grundschule in der Südvorstadt und die Pablo-Neruda-Schule sollen insgesamt ca. 300 Personen aufnehmen.

Die neu in Leipzig ankommenden Asylsuchenden müssen untergebracht werden, das steht außer Frage. Das Wohnen von so vielen Menschen in Schulgebäuden muss aber die absolute Ausnahme bleiben. Die Stadt muss auf Basis der weiter steigenden Zahlen von Geflüchteten langfristig menschenwürdige Unterbringungsmöglichkeiten schaffen. Bezahlbare Wohnungen für diese Zielgruppe müssen in die Planungen des Wohnungspolitischen Konzeptes einfließen.

DIE LINKE bevorzugt dabei kleine Heime im Stadtgebiet und die maximale Ausweitung des dezentralen Wohnens. Leipzig kann sich dabei ein Beispiel an Landkreisen wie Nord-sachsen oder Sächsische Schweiz/Ostergelbige nehmen. Dort werden Familien, die aus

der Erstaufnahme kommen, direkt in Wohnungen untergebracht. Für dieses Modell ist die Ausweitung der aufsuchenden sozialen Betreuung notwendig. Bisher stehen in Leipzig lediglich 2 Personalstellen bei 4 Trägern für diese Aufgabe zur Verfügung.

Die Stadtverwaltung muss dringend die Kommunikation und Information verbessern. Vereine, Initiativen und AnwohnerInnen müssen so früh als möglich in die Pläne zur Schaffung neuer Unterkünfte einbezogen werden. Das war im Fall der Notunterkünfte nicht der Fall. Laut Antwort auf eine Anfrage der Linksfraktion in der Stadtratssitzung am 17. Juni sollen in diesem Jahr noch sechs kleine Unterkünfte für Asylsuchende ans Netz gehen. Auch hier muss die Einbeziehung des Umfeldes eine Priorität genießen.

① Antwort auf die Anfrage: <http://gleft.de/X7>

Sommertour durch den Wahlkreis

Juliane Nagel tourt durch ihren Landtagswahlkreis und besucht alle 8 Ortsteile

Vom 21. bis 29. August finden im Landtagswahlkreis von Jule Nagel Veranstaltungen unserer Partei mit unserer Landtagsabgeordneten statt. Abschließen wird die Tour mit einem Sommerfest des Stadtbezirksverbandes Süd in Löbnig. Hier die Termine in der Übersicht:

- Fr. 21. August ab 09:00 Uhr: Infostand auf dem Marktplatz in Liebertwolkwitz
- Fr. 21. August ab 20:00 Uhr: Nachtfest mit Poetry Slam am Südplatz in der Südvorstadt
- So. 23. August 15:30 Uhr: Gespräche in der Gartensparte in Marienbrunn
- Mo. 24. August um 15:00 Uhr: Lesung „Gottlose Type“ mit Petra Pau im Moritzhof in Löbnig
- Di. 25. August um 18:00 Uhr: Wird Dörlitz abgehängt? Podiumsdiskussion in Dörlitz-Dösen
- Mi. 26. August ab 18:00 Uhr: Bürgersprechstunde (ohne ü) am „Curry Süd“ in Connewitz
- Do. 27. August ab Vormittag: Infostände in Meusdorf und Probstheida
- Sa. 28. August ab 14:00 Stadtteil- und Sommerfest in Löbnig (siehe letzte Seite)

DIE LINKE vor Ort

Redaktion Sprechstundentermine von DIE LINKE. Leipzig

- 27. Juli 16:00 bis 18:00 Uhr WK-Büro Grünau, Stuttgarter Allee 16, Bürgersprechstunde mit Stadtrat Sören Pellmann
- 17. August 16:00 bis 18:00 Uhr WK-Büro Grünau, Stuttgarter Allee 16, Bürgersprechstunde mit Stadtrat Sören Pellmann und MdL Conny Falken
- jeden Mi. 11:00 bis 15:00 Uhr, linXXnet, Bornaische Str. 3d, Sozialberatung mit Marko Forberger (Dipl.-Sozialpädagoge)
- jeden 4. Mi. 16:00 Uhr, WK-Kulturbüro, Mariannenstr. 101, Sprechstunde mit MdL Franz Sodann
- jeden 4. Do. 15:00 bis 17:00 Uhr, Jugend- und Altenhilfverein e.V., Goldsternstraße 9, Bürgersprechstunde mit Stadträtin Carola Lange
- jeden Di. 16:00 bis 18:00 Uhr, Liebknecht-Haus, Braustr. 15, Sozialberatung mit Dr. Dietmar Pellmann und Alexej Danckwardt
- jeden Do. 15:00 bis 17:00 Uhr, WK-Büro Grünau, Stuttgarter Allee 16, Sozialberatung mit Dr. Dietmar Pellmann
- jeden 1. & 3. Do. 14:00 bis 18:00 Uhr, WK-Kulturbüro, Mariannenstr. 101, Sozialberatung mit Steffen Klötzer

Wahrheit oder Dichtung?

Marianne Küng-Vildebrand Über die Vorgänge bei Amazon

Kurz vor Weihnachten 2014 bekam Ralf Kleber, Geschäftsführer von Amazon Deutschland, viel Post von unzufriedenen Kundinnen und Kunden. Mit einer Solidaritätspostkarte wurde er aufgefordert, endlichen mit ver.di einen Tarifvertrag des Einzelhandels abzuschließen und für ordentliche Arbeitsverhältnisse seiner Beschäftigten zu sorgen.

Bernd Riexinger, Vorsitzender der LINKEN, organisierte die Aktion parteiübergreifend, so dass über 80 prominente Politikerinnen und Politiker der LINKEN, der SPD und von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Künstlerinnen und Künstler den Aufruf unterstützten. 20.000 Protestpostkarten und unzählige Protest-E-Mails gingen daraufhin bei Ralf Kleber ein.

Der Zeitpunkt war gut gewählt. Das Weihnachtsgeschäft war in vollem Gange und die Kampagne erreichte dadurch eine große Anzahl an Amazon-Kunden.

Die Beschäftigten der deutschen Amazon-Standorte kämpfen bereits seit 2013 für eine Anbindung an den Tarifvertrag des Einzelhandels. Amazon aber verweigert die Verhandlungen mit ver.di über einen regulären Tarifvertrag. Die Amazon-Beschäftigten kämpfen für geregelte Löhne und gegen befristete Arbeitsverträge, gegen ständige Kontrollen und Überwachung am Arbeitsplatz. Es geht um ihre Würde!

Ralf Kleber antwortete auf die eingegangenen Solidaritätspostkarten mit einem Brief, in dem er das Unternehmen als sehr arbeitnehmerfreundliches darstellte. So hieß es unter anderem: „Bei Amazon kümmern wir uns fortlaufend darum, gute Arbeitsbedingungen für alle Mitarbeiter in den Logistikzentren sicherzustellen. (...) Die überwältigende Mehrheit unserer Mitarbeiter sieht in Amazon einen fairen und verantwortungsvollen Arbeitgeber. Wir sind stolz auf unsere Kultur des gegenseitigen Respekts und der offenen Diskussion auf Augenhöhe. (...) Seit 2014 haben wir in Deutschland insgesamt 1.200 unbefristete Stellen geschaffen. (...) Allein im Dezember 2014 wurden dort 200 neue unbefristete Stellen geschaffen.“

Das klingt nach einem „Vorzeigebetrieb“, von dem andere Unternehmen nur lernen können. Halten die Aussagen von Amazon einem Faktencheck stand? Spricht man mit den Beschäftigten, den Vertrauensleuten und Betriebsräten, zeigt sich ein ganz anderes Bild des Unternehmens.

Systematisch werden die neuen Beschäftigten mit befristeten Arbeitsverträgen abgespeist. Bis eine Woche vor Ablauf des Vertrages werden sie für ihre Arbeit und ihren Einsatz gelobt, dann werden sie von einem Augenblick auf den anderen ausgesondert. In der Niederlassung Brieselang sind 70 % der

Beschäftigten befristet eingestellt!

Via Handscanner, die während der Arbeit eingesetzt werden, übt Amazon die totale Kontrolle und Überwachung aus. In Feedbackgesprächen mit Vorgesetzten werden Beschäftigte bspw. gefragt, warum sie von 7:28 bis 7:29 Uhr inaktiv waren, dies wäre von bestimmten Kollegen beobachtet wurde. Soziale Kontakte sind nicht erlaubt.

In der Niederlassung in Leipzig sind 148 Überwachungskameras für die Personalkontrolle installiert. Wer die Handlaufgeräte nicht benutzt, bekommt eine „gelbe Karte“ und muss sie für alle sichtbar tragen. Alle sehen, der Kollege hat „nicht richtig“ gearbeitet. Beim Betreten und Verlassen des Arbeitsortes, muss jeder Beschäftigte viermal am Tag einen Scanner, wie beim Flughafen, passieren. Dabei werden entwürdigende Vollkontrollen durchgeführt. Auf dem Weg in die Pausenräume muss entlang am Boden gezeichneter Linien gelaufen werden. Für den Weg allein werden 10 Minuten der 20minütigen Pause gebraucht. Während der ganzen Arbeitszeit gibt es kein Tageslicht. Die Klimaanlage funktioniert nur bis zu 28 Grad, dann wird die Hitze in den Hallen unerträglich.

In Bad Hersfeld erhalten Beschäftigte zum Firmenparkplatz nur Zufahrt, wenn mindestens drei Beschäftigte, durch Fahrgemeinschaften organisiert, im Fahrzeug sind. Ansonsten sind sie gezwungen, einen langen Fußmarsch vor und nach der Arbeit zurückzulegen.

Seit 2009 gibt es bei Amazon Leipzig einen Betriebsrat. Gegen dessen Arbeitsaufnahme ging Amazon gerichtlich vor und hat die Klage verloren. Das Unternehmen wollte stattdessen Arbeitsgruppen, in denen sich die Beschäftigten einzeln aktiv einbringen sollten, und argumentierte, dass sie nicht nur mit ver.di-Funktionären sprechen wollen. Neuerdings bewertet Amazon nach außen die Betriebsräte positiv. Das Unternehmen ist jetzt der Meinung, dass eine dritte Kraft nicht gebraucht wird. Die erste Kraft ist Amazon, zweite Kraft die Betriebsräte und dritte sind die Gewerkschaften, die ermächtigt sind Tarifverhandlungen zu führen.

Amazon will gezielt die Belegschaft spalten. Mit Aussagen wie „Wenn ihr weiter streikt, schließen wir den Standort.“ wird Angst um den Arbeitsplatz geschürt. Beschäftigte berichten, dass sie auf grässliche Art und Weise gemobbt werden. In Bad Hersfeld wurde ein Betriebsrat mit dem Auto angefahren. Eine Verrohung der Arbeitswelt und Endsolidarisierung unter den Beschäftigten greift immer mehr um sich und nimmt beängstigende Züge an. Dabei geht es um Grundsätzliches: Sollen prekäre Arbeit oder gute Arbeit, hemmungslose Ausbeutung oder gute Arbeit, die Normalität in unserem Land bestimmen? Diese Auseinandersetzung geht uns alle an!

Aktion: 162.000 für 162.000

Daniel Knorr Personalnotstand in den Krankenhäusern beheben

Unter diesem kryptischen Motto gingen am 24. Juni auch die Beschäftigten der Leipziger Krankenhäuser auf die Straße und forderten eine Anpassung des Personalschlüssels. Zum Protest aufgerufen hatte die Gewerkschaft ver.di. Laut einer aktuellen Untersuchung der Gewerkschaft fehlen deutschlandweit knapp 162.000 Kolleginnen und Kollegen in den Krankenhäusern um den Personalnotstand zu beheben. Sie fordert ein Gesetz zur besseren Personalbemessung um den Druck von den Beschäftigten zu nehmen und den Pflege- und Betreuungsstandard zu sichern. Nachdem es 13 Uhr Aktionen an den einzelnen Klinikstandorten gab, trafen sich 16 Uhr die Beschäftigten zur Abschlussdemo auf dem Augustusplatz. Dabei erhielten sie tatkräftige Unterstützung durch den Leipziger Bundestagsabgeordneten Dr. Axel Troost und weitere Mitglieder der LINKEN.



Bilder: Gard Eiltzer



Bilder im Uhrzeigersinn v.l.o.: Timan Loos

Gerd Eitzler | Kay Kamieth | Kay Kamieth

4 Bilder aus dem Juni

Bild links oben: Diskussionsrunde zum Friedenswinter des Stadtbezirksverbands Leipzig-Süd im linXXnet.

Bild oben: Eröffnung des Büros INTERIM der Abgeordneten Marco Böhme, Susanna Karawanskij und Axel Troost in der Demmeringstr. 34 am 27. Juni.

Bild links unten: Infostand zur Kampagne „Das muss drin sein“ in der Leipziger City.

Bild rechts unten: Protest gegen Krieg und Militarisierung anlässlich des „Tag der Bundeswehr“ in Leipzig.

DIE LINKE Regional

RegionalmitarbeiterInnen Die RegionalmitarbeiterInnen der sächsischen Landtagsfraktion ziehen nach einem halben Jahr ihrer Tätigkeit eine erste Bilanz

Seit Anfang 2015 gibt es in Sachsen das Modell der RegionalmitarbeiterInnen der Landtagsfraktion DIE LINKE. Nun ist es für uns an der Zeit, ein kurzes Fazit zur bisherigen Tätigkeit und Wirksamkeit ziehen. Die Regionalstellen wurden geschaffen, um möglichst ausgehend dem Kapazitätschwund unserer Partei in den ländlichen Gebieten zu begegnen und gleichzeitig die Kampagnenfähigkeit unserer Landtagsfraktion zu erhöhen. Dabei verstehen sich die einzelnen RegionalmitarbeiterInnen als Bindeglieder und AnsprechpartnerInnen für Belange der Fraktion in vier verschiedenen Regionen Sachsens: Katrin Cordts und Felix Muster - Region Lausitz, Marika Tändler-Walenta - Region Chemnitz, Mirko Schäffner - Region Dresden und Kay Kamieth - Region Leipzig. Synergieeffekte zwischen städtischen und ländlichen Gebieten zu nutzen sowie sogenannte „weiße“ Flecken abzudecken, sind ebenfalls im Fokus der Tätigkeit der RegionalmitarbeiterInnen. Unsere inhaltlichen Schwerpunkte für das Jahr 2015 lagen und liegen auf den Themengebieten: Flüchtlinge, Prekarisierung und frühkindliche Erziehung sowie bei aktuellen Themen (Griechenland, TTIP, usw.).

Konkret organisierten und organisieren wir die „Willkommenstour“ durch Sachsen, wobei wir eine gut abgestimmte Veranstaltungsorganisation im Rahmen der zu verbessernden Kampagnenfähigkeit der Landtagsfraktion und die mediale Präsenz der Aktionen als Ziele hatten. Eine zentrale Rolle nahm dabei das öffentliche Wirken in Form von Pressearbeit und Ausstellungen im öffentlichen Raum ein. Dementsprechend reisten wir mit der Ausstellung „Fluchtgeschichten“ (in Form von roten Aufstellern in Menschengestalt) durch verschiedene Landkreise und konnten eine sehr gute Resonanz erreichen. Bisher waren wir im Landkreis Görlitz & Bautzen, Leipziger

Land, Mittelsachsen, Nordsachsen, Zwickau und im Vogtlandkreis präsent.

Auch die Zusammenarbeit und Kommunikation mit den MitarbeiterInnen der einzelnen Abgeordnetenbüros ist ein zentrales Instrument unserer Tätigkeit sowie die Zusammenarbeit mit den Regionalmitarbeitern der Landesgruppe der Bundestagsfraktion.

Neben der sachsenweiten Kampagne zum Thema Flucht, Asyl und Willkommenskultur organisierten wir zudem verschiedene Veranstaltungen zu den Themen: Freihandelsabkommen-TTIP und Griechenland. Zusätzlich unteretzten wir auch die regionalen Strukturen bei den zurückliegenden Wahlkämpfen um Landratsämter und LINKE Bürgermeister. Der KITA-Aktionstag zum 01. Juni 2015 verlief aufgrund des Streiks in diesem Bereich und der eher verhaltenden Beteiligung unserer MdL nur durchwachsen. Der von uns dazu erstellte Flyer war thematisch gut aufbereitet, allerdings standen Themen wie der Betreuungsschlüssel, Vor- und Nachbereitungszeiten der Kita-Angestellten zu diesem Zeitpunkt nicht im Interesse der Öffentlichkeit und fanden dementsprechend medial nur wenig Resonanz. An dieser Stelle müssen wir mehr Flexibilität im Umgang mit der inhaltlichen Fokussierung herstellen.

Perspektivisch werden wir die Willkommenstour bis Ende September fortführen – unter anderem in der Sächsischen Schweiz/Osterzgebirge, im Erzgebirgskreis, in Chemnitz und Leipzig. Eine weitere große Kampagne der Landtagsfraktion in diesem Jahr stellt sich nicht als sinnvoll dar, weil davon auszugehen ist, dass diese vermutlich nicht erneut die erwünschte Öffentlichkeitswirksamkeit erreichen wird. Deshalb konzentriert sich die Tätigkeit der RegionalmitarbeiterInnen zunächst stärker auf ihre jeweiligen Regionen. In den kommenden Wochen werden wir mit

den Abgeordneten vor Ort stärker gemeinsame Veranstaltungen und Aktionen planen. Diese könnten und sollten dann natürlich auch sachsenweit organisiert werden, wobei Synergieeffekte zwischen den RegionalmitarbeiterInnen zu nutzen sind.

Um die sitzungsfreie Zeit im Landtag bestmöglich auszufüllen, werden im August zusätzlich zur Willkommenstour zwei Touren durchgeführt: eine Tourismustour (03.-09.08.2015) und eine noch in der Planung befindliche Freizeit- und Seebädertour.

Auf unserer Agenda befinden sich zur Zeit weiterhin eine Mindestlohnstour, eine Fahrgastverbände-Tour, eine Kulturtour und die Unterstützung der Schulgesetzentour. Zu diesen Touren werden die Konzepte erstellt und befinden sich in der internen Planung bei den RegionalmitarbeiterInnen und verschiedensten Abgeordnetenbüros.

Zudem werden wir Unterstützung bei der Umsetzung der Kampagne „Das muss drin sein“ in den ländlichen Räumen anbieten (Materiallogistik, Standbetreuung, Hilfe bei der Veranstaltungsorganisation), dabei helfen unsere Präsenz beim Tag der Sachsen sicherzustellen sowie bei den Aktionstagen gegen das geplante Freihandelsabkommen (TTIP) und anderen Thementagen mitwirken bzw. dazu mobilisieren.

Selbstverständlich möchten wir auch unserer Partei-Basis die Möglichkeit geben, die Ausgestaltung und Themenfindung unserer Tätigkeit in der Regionalgruppe zu ergänzen. So sind wir für Themen-Vorschläge und Ideen auch von dieser Seite jederzeit offen. Sprecht uns an.

① Kontakt für die Region Leipzig:
kay.kamieth@linksfraktion-sachsen.de

Grundeinkommen ist nur konsequent

Mario Wenzel Pro: Plädoyer für das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE)

In Zeiten des Arbeitsplätzemangels ist das Problem der Mindestsicherung, dass es die Unternehmen in Konkurrenz zum Staat stellt. Eine Konkurrenz, die wir in anderen Bereichen, wie bei Krankenhäusern, Schulen, Energieversorgern und der öffentlichen Daseinsvorsorge im Allgemeinen, ablehnen. Ein Unternehmen muss, um Arbeitskräfte anzuwerben, gegen die Mindestsicherung konkurrieren. Ist die angebotene Arbeit geringer entlohnt als die Mindestsicherung „stell' ich mich doch nicht hin“. Steigt die Mindestsicherung, steigt auch der Druck auf die Unternehmen, mehr als diese Sicherung (zuzüglich beider Teile der Sozialversicherung) für die Arbeitskraft aufzubringen. Die Mindestsicherung ist also nur eine Konkurrenz zwischen Staat und Unternehmen um die Arbeitskraft. Nur in wenigen Sektoren konkurrieren Unternehmen mit hohen Löhnen und einem angenehmen Arbeitsumfeld miteinander um die wenigen verfügbaren Fachkräfte in diesem Feld. Das Bedingungslose Grundeinkommen kann dieses Problem lösen. Durch das Basisgeld des BGE und den abgegoltenen Sozialleistungen muss ein Unternehmen in allen Beschäftigungssektoren nur noch mit anderen Unternehmen um die verfügbaren Arbeitskräfte konkurrieren und ist nicht gezwungen, sich mit einer Leistung vom Staat zu messen. Die Grundversorgung ist abgedeckt

und so könnte man es sich leisten, Arbeit die einem Spaß macht, bezahlt zu bekommen, ohne davon leben können zu müssen. Und wenn die angebotene Arbeit schlecht ist, gibt es keinen Zwang, die eigene Arbeitskraft feil zu bieten. Dies brächte die Arbeitnehmer in eine Verhandlungsposition, die traditioneller Arbeitskampf nicht erreichen kann und eine Freiheit, sich ohne ökonomischen Druck für Forschung, Lehre oder soziale und sonst geringbezahlte Dienstleistungsberufe zu entscheiden. Aus Arbeitsplätzemangel wird wieder Arbeitskräftemangel, eine Situation der wir historisch einen großen Teil unseres Arbeitnehmerrechtensystems zu verdanken haben.

Natürlich bekämen auch Millionäre dieses Grundeinkommen. Dies schließt nahtlos an unsere anderen (vermeintlich unfinanzierbaren) Forderungen an. Kostenfreies Schulesen², kostenfreie Kitaplätze³ und Lehrmittelfreiheit⁴ für alle Kinder. Elternunabhängiges Bafög für alle Studierenden². Sozialversicherungsbeiträge für alle Berufsgruppen¹ in eine Kranken- und Rentenkasse. Wir wollen auch die Aufhebung der Hartz4-Regelungen für Bedarfsgemeinschaften¹, so dass Arbeitslose mit gut verdienenden PartnerInnen nicht in wirtschaftliche Abhängigkeit geraten. Diese Forderungen wären mit dem BGE hinfällig, schließen Besserverdienende aber schon

heute nicht aus. Außerdem sollen die Reichen für ihre Millionärssteuer auch etwas bekommen.

Und seien wir mal ehrlich: Eine Absenkung der Wochenarbeitszeit ist eine gute Idee aber für u. a. den Pflegebereich verschärft das die personelle Schiefelage nur noch. Wie der Dienstleistungssektor mit einer Verdoppelung der Lohnkosten (Halbierung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich – ohne dass die Arbeit weniger wird) umgehen kann, wird dabei nicht klar. Für die Bereiche, die immer stärker von der Automatisierung bedroht sind, ist das außerdem nur eine kurzfristige Lösung, denn diese Jobs wird es mittelfristig gar nicht mehr geben und durch steigende Lohnkosten erhöht sich der Automatisierungsdruck nur.

Dass der Mensch arbeiten will, sagen uns alle linken Ökonomen und Philosophen. Dass das schlechte und schlecht bezahlte Lohnarbeit sein muss, sagt keiner. Die beste Arbeit kann es nur geben, wenn niemand sie machen muss.

¹ Erfurter Programm

² Forderung der Bundestagsfraktion

³ Kommunalwahlprogramm 2014

⁴ Landtagswahlprogramm 2014

...oder doch lieber die Grundsicherung?

Marianne Küng-Vildebrand Eine Einführung des BGE würde de facto ein Ende des Sozialstaates bedeuten, da dieser durch das BGE ersetzt würde und hinfällig wäre.

Die Lebensstandardsicherung bei sozialen Existenzrisiken wie Krankheit, Invalidität und bei Arbeitslosigkeit, die eine wichtige Funktion des Wohlfahrtsstaates ist, entfiel komplett. Durch den Wegfall der Sozialversicherungen sind der Staat und die Regierung nicht mehr in der Pflicht, die Armutsbekämpfung anzugehen und Hilfe und Unterstützung bei Arbeitslosigkeit zu erbringen. Die heutigen Instrumente zum Ausgleich von Arm und Reich fallen zum Teil ganz weg.

In einem Nebeneinander von Grund- und Erwerbseinkommen besteht die große Gefahr, dass Arbeitgeber in Fortsetzung der heutigen Aufstocker-Praxis in Niedriglohnbereichen mit noch ruhigerem Gewissen prekäre Löhne zahlen, da ja das BGE in erster Linie für den Lebensunterhalt aufkommt. Diese parallelen Einkommen führen zu den von den Gewerkschaften gefürchteten Kombilöhnen.

Die Arbeitslosigkeit bleibt nach wie vor sehr hoch. Die Kräfteverhältnisse in den Betrieben und Gewerkschaften verändern sich nicht zum Positiven für die Beschäftigten. Um die Demokratisierung in den Betrieben zu stärken, braucht es mehr Mitbestimmung der

Belegschaften, damit Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erreicht werden können. Alle Menschen haben Anrecht auf das BGE, auch diejenigen die über hinreichend Einkommen verfügen und das BGE zusätzlich in die Tasche gesteckt erhalten und unabhängig ob jemand bereit ist sich an der gesellschaftlich organisierten Arbeit zu beteiligen. Die für die menschliche Existenz nötige „unschöne“ Arbeit muss aber jemand erledigen, zum Beispiel die Müllabfuhr, damit das Lebensumfeld sauber bleibt und durch Schmutz verursachte Krankheiten ausbleiben.

Kindererziehung und die Arbeit im Haushalt, die sogenannte Care-Arbeit, sind in der heutigen Arbeitswelt nicht ausreichend berücksichtigt. Eine nahe liegende und weit realistischere Umsetzung als das BGE wäre die Arbeitszeitverkürzung, die den Frauen und Männern die Möglichkeit und Zeit gibt, sich außerhalb der Arbeitswelt einzubringen. Zudem wäre der positive Effekt eine gerechtere Verteilung der Arbeit auf Beschäftigte und Arbeitssuchende. Statt des BGE muss HarzIV durch ein sanktionsfreies menschenwürdiges Existenzminimum ersetzt werden.

Umverteilung von oben nach unten - wirklich? Durch die Finanzierung über die Mehrwertsteuer und die Abschaffung der Unternehmens-, Lohn- und Einkommenssteuer trägt die Last der Kosten vor allem die Unter- und Mittelschicht. Zudem müsste die Mehrwertsteuer exorbitant erhöht werden. Den Unter- und Mittelschichten wird die Hauptlast der Kosten aufgebürdet. Der Weg der Gewerkschaften zu einer gerechteren Lasten- und Aufgabenverteilung und damit auch zu einem emanzipierteren und demokratischeren Zusammenleben und der Erhöhung des Wohlstands für die Allgemeinheit erfolgt in mehreren Schritten, z.B. müsste der erste Schritt sein, dass der Mindestlohn so hoch ist, dass er sowohl die Renten sichert als auch den Lebensunterhalt deckt und für alle ohne Ausnahmen gilt. Abschließend ist die grundsätzliche Frage zu beantworten, ob wir die Befreiung der Menschen in der Arbeit und nicht von der Arbeit wollen. Und wenn wir die Arbeit nur noch auf freiwilliger Basis tun wollen, wer entscheidet dann, wer welche Arbeit tun muss.





Bild links: Tilman Loos

Buntes Programm in Bielefeld

Tilman Loos Bericht von der 3. Tagung des 4. Bundesparteitags

Vom 6. bis 7. Juni fand in Bielefeld der Bundesparteitag unserer Partei statt. Sehr früh am Samstag trafen sich in den 3 großen sächsischen Städten die Delegierten, um über Leipzig mit einem vom Landesverband gemieteten Bus zum Parteitag zu fahren. Durch diese kollektive Anreise spart der Landesverband laut Aussage der Landesgeschäftsstelle in Dresden bis zu 3000€.

Zu Beginn aber auch über den Parteitag verteilt konnten mehrere Gäste begrüßt werden. So hielt der DGB Vorsitzende Rainer Hoffmann unter dem Titel „Wir brauchen den Dialog progressiver Kräfte“ eine Rede. Doch er war nicht das einzige prominente Gewerkschaftsmitglied vor Ort: Gleich zu Beginn begrüßten die Delegierten den in Leipzig wohnhaften GDL-Vorsitzenden Claus Weselsky mit fast frenetischem Beifall - ein spannendes Bild vor allem vor dem Hintergrund, dass Weselsky ja selbst CDU-Mitglied ist.

Auf der Tagung gab es 3 größere Debattenpunkte. Dort sprachen insgesamt viele prominente Redner*innen unserer Partei. Dort, wie auch in den anderen Debatten, gab es jedoch viele vorher „gesetzte“ Redebeiträge, so dass nur wenige „einfache Delegierte“ zu Wort gekommen sind. Das ist insofern schade, als dass die Generaldebatten aus meiner Sicht von vielen „wichtigen“ Redner*innen recht häufig für klassische Marktplatzedred gebraucht werden - die aus meiner Sicht auf einem Parteitag fehl am Platze sind. Stattdessen ist kritische Selbstbeschäftigung und kontroverse Positionsbestimmung bei strittigen Themen das, was bei einem Parteitag im Vordergrund stehen sollte. Eine der drei Debatten drehte sich um den Leitantrag, der viel richtiges aber wenig neues enthält und mit sehr großer Mehrheit beschlossen worden ist. Eine weitere Debatte beschäftigte sich mit dem Thema des bedingungslosen Grundeinkommens (BGE). Zwei vorliegende Anträge, einer von der BAG BGE und einer von der BAG Sozialistische Linke, wurden vor Beginn der Tagung zu einem Kompromissantrag zusammengeschürt. Aus meiner Sicht sehr schade - denn der Antrag der BAG BGE enthielt die Forderung, zu diesem Thema bis zum „Ende des Jahrzehnts“ einen Mitgliederentscheid herbeizuführen. Das ist aus meiner

Sicht - und zwar unabhängig von der jeweiligen Position zum BGE - eine sehr sinnvolle Idee, statt weiterhin auf jedem zweiten Parteitag neu zu beschließen, dass wir zu dieser Frage keine klare Position haben.

Da aller guten Dinge drei sind, diskutiertes und beschloss der Parteitag bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen kommunalpolitische Leitlinien, die von der entsprechenden Bundesarbeitsgemeinschaft vorbereitet worden sind. Zu diesen lagen mehrere Änderungsanträge vor, darunter auch einige aus Sachsen. Von diesen standen dem Parteitag 2 zur Abstimmung. Entgegen der Ausgangsformulierung schlug unser Landesverband vor, dass das Maximalquorum für Bürgerbegehren in den Kommunen statt 10 % (Ursprungsfassung) oder 7 % (Kompromissvorschlag) nur bei 5 % liegen solle - was in einer Stadt wie Leipzig immerhin ca. 25.000 Unterschriften sind. Trotz Gegenrede des Parteivorstands nahm der Parteitag diese Änderung an. Weiterhin zur Abstimmung stand ein Antrag, der statt die Absenkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre auf zunächst 14 Jahre zum Ziel hatte. Zum einen ist das „Wahlalter 16“ bereits in der Hälfte der Bundesländer umgesetzt und zum anderen dürfen 14-Jährige bereits in unsere Partei eintreten - seltsam, dass diese uns dann aber nicht wählen können. Nach einer Gegenrede des Parteivorstands („Das Thema ist nicht ausreichenden diskutiert“) und einer Fürrede aus der Delegation des Bundesjugendverbandes linksjugend [solid] wurde diese Änderung jedoch mit etwa einem zu zwei Drittel abgelehnt.

Auch wenn der Parteitag kein klassischer „Wahlparteitag“ war, so fanden doch auch Wahlen statt. Zum einen wurde eine neue und insgesamt zehnköpfige Bundesschiedskommission gewählt, die sich sowohl aus „alten Hasen“ als auch einigen neuen Mitstreiter*innen zusammensetzt. Im vorliegenden Bericht der alten Schiedskommission klagte diese jedoch über eine hohe Verfahrensdichte und vor allem viele eigentlich unnötige Verfahren. Die größte Zahl der Verfahren machten Ausschlussverfahren aus, die vor allem auf Grund „persönlicher Befindlichkeiten“ (Bericht BSK) geführt worden sind

Die Delegierten

Die Delegierten des Bundesparteitags sind formal Delegierte der Landesverbände. So werden beispielsweise in Baden-Württemberg die Delegierten auch auf einem Landesparteitag gewählt. Da Sachsen als größter Landesverband jedoch insgesamt auf 78 Delegierte kommt, ist das freilich nicht möglich und die Delegierten werden auf den Kreisparteitagen gewählt. Der Stadtverband Leipzig hat somit 8 Delegierte, diese sind derzeit: Sophie Dieckmann, Nadja Guld, Steffen Jühran, Volker Külow, Marianne Küng-Vildebrandt, Ilse Lauter, Tilman Loos (nachgerückt) und Siegfried Schlegel. Von den Delegierten waren 7 anwesend, eine wegen Krankheit entschuldigt. Erstmals gab es im Vorfeld ein Delegiertentreffen, an dem jedoch nur 3 Delegierte teilgenommen haben. Insgesamt waren 500 von 569 gewählten Delegierten anwesend. Der Frauenanteil betrug 52,4 %.

Die Beschlüsse

- Für eine starke LINKE – Für Solidarität, Frieden und Gerechtigkeit – Wahlerfolge 2016 organisieren
 - Kommunalpolitische Leitlinien
 - Solidarität mit der HDP - Linke verurteilt die Angriffe auf die HDP
 - Solidarität mit dem Arbeitskampf bei der Deutschen Post
 - Solidarität mit den Forderungen von ErzieherInnen und SozialarbeiterInnen
 - Beitragsehrlichkeit - Beitragstabelle
- ⓘ Diese & weitere Beschlüsse: die-linke.de

oder weil Mitglieder entgegen der Satzung bei Wahlen konkurrierend zur Partei angetreten waren.

Weiterhin wurde eine neue Bundesfinanzrevisionskommission gewählt. Mit Gisele Wedekind (Dresden) und unserem Stadtverbandsgenossen Ralf Fiebelkorn wurden auch zwei Sächs*innen gewählt - übrigens jeweils mit dem besten Ergebnis auf ihrer Liste.

Betreffend der Finanzen wurde weiterhin eine Ergänzung der Bundessatzung beschlossen, wonach unsere Partei grundsätzlich keine Unternehmensspenden annimmt und kleine Ausnahmen von Vorständen ab Landesebene beschlossen werden müssen.

Emotionaler Höhepunkt des Parteitags war zweifelsfrei die Rede des Fraktionsvorsitzenden Gregor Gysi, in der er - zum Teil unter Tränen - seinen Rückzug von der Fraktions Spitze ab Herbst ankündigte und vor allem seiner Familie und seinen Freund*innen dankte - sich aber auch bei ihnen dafür entschuldigte, wie wenig Zeit er für diese hatte.

Stadtbezirksverband Süd traf sich zur GMV

Lisa Umlauf Der jüngste Bezirksvorstand rockt den Leipziger Süden



Am 04. Juni 2015 führte DIE LINKE. Stadtbezirksverband Leipzig-Süd unter der Leitung von Max Wegener und Lisa Umlauf erstmalig im Saal der Frauenkultur Leipzig e. V. eine Gesamtmitgliederversammlung durch. Im Mittelpunkt standen die Wahl eines neuen Vorstands und ein Antrag zur Diskussion über eine eventuelle Neustrukturierung der Verbandsstrukturen.

Zu Beginn referierte der Vorsitzende Kay Kamieth in einem Jahresrückblick über verschiedene Aktionen im Kommunal- und Landtagswahlkampf. Dabei zeigte er die schönsten Schnappschüsse wie beispielsweise vom Badewannen- bzw. Seifenkistenrennen. Danach folgte die formelle Entlastung des Vorstands und die für den Vorstand Kandidierenden nutzten die Möglichkeit sich vorzustellen. Da es weniger BewerberInnen gab, als Plätze zu besetzen sind, wurden alle KandidatInnen gewählt. Trotz großer Bemühungen konnten leider nicht genügend Kandidatinnen für die Liste zur Sicherung der Mindestquo-

tionierung gefunden werden, in der Hoffnung diese zeitnah nachbesetzen zu können, bleiben daher zunächst 2 Plätze frei. Der neue Vorstand besteht sowohl aus alten als auch neuen Gesichtern. Wieder im Vorstand sind Kay Kamieth (Vorsitzender), Annegret Köhler (Schatzmeisterin), Ben Kretschmar und Lisa Umlauf als stellvertretende Vorsitzende und Max Wegener. Neu im Vorstand sind Anna Gorskih, Alexander Krumbholz und Matthias Tuta. Damit sinkt das Durchschnittsalter des neuen Vorstands auf 35 Jahre und ist damit vergleichsweise niedrig. An dieser Stelle möchte ich allen Vorstandsmitgliedern zu ihrer Wahl gratulieren, ganz besonders aber Annegret und Kay, die mit einem sagenhaften Ergebnis von 100 % im Amt bestätigt wurden. Im Anschluss an die Wahlen wurde der einzige vorliegende Antrag von Tilman Loos behandelt. Die zahlreichen Wortmeldungen und das persönliche Engagement der Genossinnen führten zu einer sachlichen und konstruktiven Debatte. Die Genossinnen waren sich dahingehend einig, dass in den Basisgruppen über strukturelle Veränderungen im Sinne der Effizienz nachgedacht werden muss, nur so können wir gegenüber den anderen Parteien wettbewerbsfähig bleiben. Der Antrag wurde demnach einstimmig angenommen. Somit wurden die Basisgruppen beauftragt über Mitgliederbetreuung, Versammlungen und Vorstandstreffen zu beraten und deren Konzepte auf der nächsten GMV im Herbst vorzustellen.

Debatte über politische Kommunikation

Christian Schäfer SBV Mitte diskutierte auf der Gesamtmitgliederversammlung

Am 08.05.2015 fand in der Aula der Volkshochschule Leipzig die Gesamtmitgliederversammlung des Stadtbezirksverbandes Mitte statt. Die Vorsitzende Franziska Riekewald führte souverän durch den gesamten Nachmittag und übergab kurz nach der Eröffnung das Wort an Peter Porsch, welcher im Zuge der Strategiedebatte des Landesverbandes zum Thema: „Strategiedebatte und die Probleme politischer Kommunikation“ einen Vortrag hielt.

Nach der Auswertung des Wahljahres 2014 soll nun mit der 2015 begonnenen Strategiedebatte die Weichen für die kommenden Jahre gestellt werden. Am 21. März gab es dazu in Dresden die erste Veranstaltung mit dem Thema: „Welche Zukunft wollen, welche Zukunft haben wir?“. Anschließend fand im April „Die Linke Woche der Zukunft“ und am 09. Mai die Strategiedebatte des Landesverbandes statt, von der Herr Porsch berichtete.

Er wies unter anderem auf die Inhalte der Rede von Gregor Gysi hin, welcher auf dem Bundesparteitag in Bielefeld zuvor seinen Verzicht für die Kandidatur des Fraktionsvorsitzes erklärte.

Der Genosse Porsch merkte an, dass wir innerhalb und außerhalb der Parteiarbeit einfache Worte zu einfachen Themen finden, sowie unsere Kommunikation im Allgemeinen offener gestalten sollten. Innerhalb seines Vortrags lobte er die Arbeit des Jugendverbandes und seiner Themensetzung, er warb zudem für eine breitere Unterstützung der Linksjugend in der Partei.

Zwar beteiligten sich ca. 40 Menschen lebhaft an der anschließenden Diskussion, aber angesichts der Gesamtmitgliederanzahl von rund 170 Menschen war die Teilnahme an der GMV leider eher gering. Positiv ist noch anzumerken, dass es neue Mitglieder auf die Versammlung geschafft haben und sich



Willkommen im Stadtbezirk Leipzig Südwest

Martina Schneider Spendenaktion des Stadtbezirksverbandes DIE LINKE. Südwest für Asylsuchende

Vor zwei Jahren wurden im Stadtbezirk in der Markranstädter Straße zwei Wohnhäuser für Asylbewerber eingerichtet. Heute leben dort Familien aus Tschetschenien, Syrien, Pakistan, Serbien und Kosovo-Albanien freundschaftlich mit den deutschen Anwohnern nebeneinander. Wir Genossen wollen Kontakt zu den Bürgern und den deutschen Betreuern halten. Zum Weihnachtsfest machten wir den Kindern der Asylbewerber eine Freude mit Sachgeschenken. Marco Böhme als Landtagsabgeordneter übergab einen finanziellen Beitrag. Mit diesem Geld wurde ein Spielzimmer für die Kinder eingerichtet. Anfang Juli überreichten wir eine Geldspende zur Anschaffung von Spielsachen. Mit dem Gutschein können Beschäftigungsspiele für Hof und Garten gekauft werden. Wir werden uns weiterhin um die Familien in der Markranstädter Straße kümmern und die Zukunft der Asylbewerber im Auge behalten.



auch am Neumitgliedertreffen, welches am 15.07.2015 im Hof des Liebknechtshauses ab 19:00 Uhr in der Braustraße stattfinden wird, beteiligen werden.

„Dass Auschwitz nie wieder sei“

Steffen Juhran Die Linksjugend Leipzig beteiligte sich an der großen Bündnisfahrt zum 70. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz

Es gibt vermutlich sehr vieles, was einem die Sprache buchstäblich verschlagen kann, bei einem Besuch der Gedenkstätte des Vernichtungslagers Auschwitz. Schier unvorstellbares Grauen begleitet einen dort auf Schritt und Tritt. Und doch: der überwältigendste Augenblick der Gedenkstättenfahrt war für mich ein bitter-süßer. Die kleine Delegation der israelischen Gewerkschaftsjugendgen Histadrot und HaNoar HaOved VeHaLomed hielt im Anschluss an die Gedenkzeremonie des gesamten Bündnisses eine eigene Zeremonie ab, die in einer Mischung aus Englisch, Deutsch und Hebräisch gehalten und trotz Hunderter Zuschauer_innen fast schon intim war. Am Mahnmal in Auschwitz Birkenau, am Ende der Rampe, sangen sie das El malei rachamim, das jüdische Totengebet für die Opfer der Shoah, die Kadisch und – zum Abschluss – die Hatikva, das Lied der Hoffnung und zugleich die Hymne des Staates der Überlebenden, Israel. Dieser Moment war ergreifend und überwältigend zugleich. Das Gedenken gehörte in diesem Moment den Israelis, den Nachfahren der Überlebenden der Nazibarbarei, die vor 70 Jahren ihr Ende fand.

Zwischen dem 17. und 21. Juni fuhren auch Mitglieder der Linksjugend Leipzig nach Polen, um der Befreiung der Vernichtungsstätte Auschwitz zu gedenken. Zu diesem Anlass hatte sich ein großes Bündnis gefunden, in dem die Jugend der unterschiedlichsten Gewerkschaften gemeinsam mit den politischen Jugendverbänden der Jusos, Grünen Jugend, Falken und der linksjugend [solid], sowie dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend, der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend (aej) und dem Jugendwerk der AWO, daran arbeiteten, 1000 jungen Men-

schen aus dem gesamten Bundesgebiet eine Gedenkstättenfahrt an den Ort des Grauens zu ermöglichen.

Dabei war der Anspruch dezidiert, ein so ernsthaftes und schwerwiegendes Anliegen wie dem Gedenken an das Verbrechen von Auschwitz nicht einfach mit einer Fahrt abzuwickeln, in der eintausend Deutsche im Akkord in einer Führung durch die Gedenkstätten geschleust werden, und ansonsten auf Safttour in Kraków gehen. Einen Klassenfahrtscharakter sollte die Fahrt nicht haben – und hatte sie auch nicht. Stattdessen fanden die Teilnehmer_innen aus den unterschiedlichen Verbänden in einem umfangreichen und anspruchsvollen Workshop-Programm zusammen. Bereits vor der Fahrt wurden die Gruppen in einem obligatorischen Wochenendseminar thematisch intensiv vorbereitet. Am Samstag fand die Fahrt in Oswiecim ihren Abschluss in einem weiteren Workshop-Tag, in welchem das Programm reichte von Einführungs-Workshops zu modernem Antisemitismus bis zu wenig bekannten historischen Aspekten wie Nakam, der Gruppe jüdischer Partisanen, die nach Kriegsende die Rache an den Deutschen planten. Für viele war das Zeitzeuginnen-Gespräch mit der Auschwitz-Überlebenden und engagierten Antifaschistin Esther Bejarano mit Sicherheit der Höhepunkt der Fahrt. Das Motto der Fahrt ist dem Text „Erziehung nach Auschwitz“ Theodor W. Adornos entlehnt. Er versteht die Aufgabe „dass Auschwitz sich nicht wiederhole“ darin als eine bleibende, aktuelle und politische – nicht etwa als die einer leeren „Erinnerung“. Die Aufgabe bleibt bestehen – und wird von allen Jugendverbänden des Bündnisses als Herausforderung auch für die Zukunft verstanden.



Foto: Maansky via Flickr | CC BY-NC-SA 2.0

Gegen das Vergessen, für das historische Gedächtnis

Siegfried Kretzschmar Vor 75 Jahren am 20. August wurde ein Mordanschlag auf Leo Trotzki durch die Hand eines Agenten Stalins verübt, an dem er ein Tag später verstarb. Warum hat Stalin den „unbewaffneten Prophet“ ermorden lassen? Warum kolportieren noch heute einige, die sich links verorten, die stalinschen Lügen und Verleumdungen zu Trotzki und der Linken Opposition in der Sowjetunion? Wovor haben sie Angst? Diesen Fragen nachzugehen ohne die Kämpfe der Vergangenheit heute erneut auszutragen, bringt einen Erkenntnisgewinn bezüglich unserer Niederlage 1989/91. Allein seine Analyse 1936, die die Frage beantwortet „Was ist die Sowjetunion und wohin geht sie?“, ist der Schlüssel für ein tieferes Verständnis dieser Niederlage und Lehre für das gegenwärtige Ringen um eine sozialgerechte und solidarische Gesellschaft jenseits des Kapitalismus. Ehren wir einen herausragenden Revolutionär der Oktoberrevolution, indem wir ihn aus dem großen Schweigen holen; ehren wir ihn, indem wir ihn jenseits der historisch angehäuften Lügen und Verleumdungen für die heutige Zeit befragen. Dazu bin ich gern bereit in den Versammlungen der Organisationen der Basis zu sprechen.

① Siegfried Kretzschmar (Tel.: 0177-3570216)

Zwischen Verantwortung und linker Zukunftspolitik

Oliver Gebhardt AG plant Bildungsfahrt nach Buchenwald

70 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz und Buchenwald sowie dem Ende der NS Schreckensherrschaft wird sich die AG Junge GenossInnen in ihrer diesjährigen Bildungsfahrt mit der Verantwortung aus der Vergangenheit auseinandersetzen. Hierfür reist die AG am 26. September ins benachbarte Thüringen und wird sich am Vormittag mit dem Ministerpräsident Bodo Ramelow treffen. Im Rahmen einer offenen Diskussion soll Verantwortung aus der Vergangenheit für die Partei sowie die Umsetz-

barkeit linker Politik in der Regierungsposition zur Debatte stehen. Im Anschluss werden gemeinsam die historischen Sehenswürdigkeiten der Stadt Erfurt besucht. Nach einer kurzen Mittagspause ist eine Fahrt in die Gedenkstätte Buchenwald geplant. Ziel soll es sein, die Verantwortung unserer Gesellschaft in der Vergangenheit und in der Zukunft zu thematisieren. Mit den gesammelten Eindrücken werden wir am Abend die Heimreise antreten. Neben den jungen GenossInnen unserer Partei sind zur Teilnahme an dieser Fahrt

alle GenossInnen sowie SympathisantInnen zur Fahrt eingeladen! Für die Fahrt werden für den Vollzahler 15€ berechnet und für alle Ermäßigungsberechtigten (Studenten, Arbeitssuchende, Schüler, Senioren, Auszubildende, etc.) 8€ berechnet.

Anmeldungsmöglichkeiten:

- via E-Mail an kontakt@aggleipzig.de
- persönlich in der Braustraße 15
- telefonisch unter 0341 - 140 644 11

„Ist das Kunst oder kann das weg?“

Steffen Klötzer Ein Abend über Kunst und ganz ohne Kulturkampf im Wahlkreis-Kulturbüro in der Mariannenstraße

Sie sind aus unserem Straßenbild nicht mehr wegzudenken, jedenfalls kommt man nicht umhin, sie zu sehen. Sie spalten die Geister: Tags, Throw ups, Silverpieces, Wildstyle – gemeint sind Graffitis.

Viele halten sie für Kunst, andere fordern drakonische Strafen für die „Täter“, wiederum andere sehen in ihnen ein politisches Spielfeld. Dieses Spannungsfeld eröffneten wir im Juni mit dem Abend „Street Art – Ist das Kunst oder kann das weg?“

Graffiti-Künstler Dirk Moll erklärte sich in einem Film, stellte sich den

Fragen, und einige seiner Werke auf Leinwand sind nun als Ausstellung im Wahlkreis-Kulturbüro im der Mariannenstraße 101 in Leipzig zu besichtigen.

Die Diskussion am Abend mit Akteuren und Publikum war ehrlich und neugierig.

Die Erkenntnisse, insbesondere aus den Ausführungen des Gründungsmitglieds und Vorsitzenden des Vereins „Graffiti e. V. Leipzig“, Sascha Kittel, waren spannend. Betrachtet man das Sprayen als ebenso berechtigtes Ausdrucksmittel für Jugendliche wie beispielsweise Skaten oder Fußballspielen, spielt die Politik eine entscheidende Rolle.

Gab es vor Jahren herrenlose Gebäude und



Bild: Steffen Klötzer

viele zum Sprayen freigegebene Flächen, gehen Kriminalisierung, Unrechtsbewusstsein und Sachbeschädigung erst einher mit Sanierung, Eigenheimen und völligem Verbot. Es gibt öffentlichen, legalen Raum für Skateboardfahrer, es gibt Spiel- und Bolzplätze. Was, wenn diese verboten wären? Skateboardanlagen, Spiel- und Bolzplätze integrieren, besprühte Flächen entfachen Diskussionen. Die Erfahrungen von Kittel beweisen, dass es den oftmals stigmatisierten Sprayern nicht wie vielfach unterstellt grundsätzlich um Bösartigkeit und Zerstörungswut geht. Auch wenn es das, wie in jeder sozialen Gruppe, gibt. Das Kräftemessen aber zwischen Stadt

und Künstlern ist kostspielig und zudem nicht unbedingt attraktiver: besprayen, übermalen, besprayen, übermalen. Viele weiße (oder graue) Flächen gewinnen an Farbe, bereichernde Kooperationen sind möglich und zumindest einen Versuch wert.

Und das Poetry Slam eine ernstzunehmende, zu Herzen gehende und bereichernde Kunst ist, davon überzeugte restlos der großartige Nils Matzka.

Ein Abend der Annäherung von Lebensweisen, Stilrichtungen und der Kunst. Ein Abend, der Brücken

schlug, ohne alles gutzuheißen.

Neugier und Akzeptanz, Annäherung von Jungen und Älteren. Das ist tatsächlich möglich. Danke für diese Bestätigung. Danke für Neugier und Offenheit an die vielen Neuen und Treuen.

Jetzt gehen wir erst einmal in die Sommerpause, ab September geht es dann mit unseren Veranstaltungen im Büro, wie immer am letzten Mittwoch des Monats, weiter. Näheres hierzu auch bei der Facebookseite von Franz Sodann oder auf der Website.

Website Franz Sodann: www.franzsodann.de

Klasse, Geschichte und Bewusstsein in Leipzig

Steffen Juhran Hanno Plass stellte seinen Band zu Georg Lukács' Theorie in Leipzig vor



Eine „fast schon unheimliche Wirkung“ habe Geschichte und Klassenbewusstsein auf Europas Linke gehabt, seit es 1923 als Essaysammlung veröffentlicht wurde. Unter radikalen Intellektuellen wie heimatlosen Bürgerlichen wurde es ebenso intensiv diskutiert, wie im Verlauf der 60er Jahre nach einer Wiederentdeckung im Zuge der Studentenrevolte. Weite Teile dessen, was als Eurokommunismus bekannt werden sollte, die Frankfurter Schule und sogar die Kapital-Lektüre der sogenannten Marxologen wäre unvorstellbar ohne die Grundlegungen, welche Georg Lukács in seinen bahnbrechenden Essays zum ersten Mal formulierte. Verdinglichung, Entfremdung, Geschichte und Bewusstsein

sind die zentralen Begriffe, um welche das Spezifikum der Lukácsschen Konzeption verhandelt wird. Verstanden werden muss es sicher als theoretische Kampfansage an den Ökonomismus des „orthodoxen Marxismus“ der Zweiten Internationalen – und als Versuch einer Antwort auf die Frage, wieso die Revolution trotz der verheißungsvollen Tage im Herbst 1918 im Westen ausblieb.

Seit den ausgehenden 70er Jahren, mit Sicherheit jedoch ab 1989 als „toter Hund“ behandelt, gab es in den letzten Jahren doch so etwas wie eine neue Lukács-Begeisterung. Seine Werke – ewig nur antiquarisch zu bekommen – werden wieder herausgegeben und selbst internationale Schwergewichte diskutieren plötzlich im Anschluss an Lukács den Begriff Verdinglichung.

Im Anschluss an diese Debatten erschien jüngst im Berliner Verbrecher-Verlag der Sammelband Klasse Geschichte Bewusstsein, herausgegeben von Hanno Plass. In dem Band versammelt findet sich eine beeindruckende Liste linker Theoretiker_innen, welche sich auf unterschiedliche Arten dem Buch mit seinen Themen annähern. Stets geht es jedoch

um die Frage der Aktualität – und der Möglichkeit von Praxis, die auf die fundamentale Veränderung dieser Gesellschaft zielt. Oder auch: die klassische Leninsche Frage „Was tun?“.

Die ungebrochene Anziehungskraft der Lukácschen Konzeption war Anlass, dass wir als linXXnet den Herausgeber nach Leipzig einluden. In Kooperation mit dem Kulturraum e.V. baten wir ins Institut für Zukunft (IfZ) im Kohlrabizirkus. Das IfZ ist eigentlich ein Techno-Club, dessen Betreiber_innen sich als dezidiert linkes Projekt verstehen und den Kulturbetrieb mit einem umfangreichen politischen Programm umrahmen. Hanno Plass referierte vor etwa 80 Gästen und bemühte sich, einen Bogen von der theoriegeschichtlichen Befassung mit dem 90 Jahre alten Werk Lukács' hin zur politischen Praxis im Hier und Heute zu spannen.

Hanno Plass (Hg.):
Klasse Geschichte Bewusstsein.
Was bleibt von Georg Lukács' Theorie?
317 Seiten, Verbrecher Verlag

Willkommen in Dölitz

Kay Kamieth Für eine gelebte Willkommenskultur im Leipziger Süden

Da ab August diesen Jahres im Leipziger Süden in Dölitz eine Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) des Landes Sachsen für AsylbewerberInnen entstehen soll und wir als DIE LINKE und als Linke diesen Prozess unterstützend begleiten wollen, wurde dazu am 18. Juni eine Informationsveranstaltung organisiert. Diese unterstützten verschiedene Kirchengemeinden aus dem Leipziger Süden, der Rote Stern Leipzig '99 e. V. und die Initiative Offene Nachbarschaft Leipzig-Süd, an welcher auch DIE LINKE Leipzig-Süd mitwirkt. Ort der Veranstaltung war das Tanzhaus Leipzig, in welches an diesem Abend rund 150 Interessierte kamen.

Als ReferentInnen konnten an diesem Abend VertreterInnen der Refugees Law Clinic, eine Organisation, welche Geflüchtete bei juristischen Angelegenheiten berät, des Vereins Bon Courage, der seit Jahren Geflüchtete im Landkreis Leipzig unterstützt sowie der zukünftige Heimleiter und Verantwortliche für die soziale Betreuung der EAE, die von der Malteser Werke gGmbH gewährleistet wird, gewonnen werden. Die Moderation der Veranstaltung übernahm das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus aus Leipzig.

Am Anfang der Veranstaltung stellten die ReferentInnen die jeweiligen Arbeitsschwerpunkte ihrer Organisationen vor. Die Refugees Law Clinic hat ihren Schwerpunkt in der rechtlichen Unterstützung der Geflüchteten und klärt diese über ihre Rechte und Pflichten als Asylbewerber auf und hilft ihnen die verschiedenen juristischen Schritte im Asylbewerungsverfahren zu meistern. Dazu ergänzend zeigt Bon Courage, welche Möglichkeiten es gibt die Geflüchteten hier willkommen zu heißen und wie sich Einzelne

konkret in die Flüchtlingsarbeit einbringen können. Der dritte und von der Mehrzahl der Anwesenden am meisten hinterfragte Beitrag kam vom künftigen Heimleiter der EAE Herrn Metternich. Er stellte das Betreuungskonzept und den geplanten Aufbau der künftigen Einrichtung vor.

In der anschließenden Fragerunde ging es vor allem um möglichst konkret Hilfsangebote für die Geflüchteten. Wobei darauf verwiesen, wurde sich auf die spezielle Situation der Geflüchteten vor Ort einzustellen. So sind diese neu vor Ort angekommen und sollten eigentlich auch nur maximal drei Monate in der Einrichtung in der Friederikenstraße verbleiben. Deswegen müssten sich mögliche UnterstützerInnen darauf einstellen, dass es für den Aufbau dauerhafter Beziehungen zu bestimmten Migranten nur begrenzte Möglichkeiten gibt. Als positiv gewertet wurden ehrenamtliche Angebote hinsichtlich gemeinsamer sportlicher Aktivitäten und der Errichtung von W-LAN Verbindungen in der Einrichtung, um den Geflüchteten den Kontakt in ihr Herkunftsland zu erleichtern.

Nach über zwei Stunden war die Veranstaltung, welche nur ein erster Auftakt für eine künftige Willkommenskultur im Leipziger Süden sein konnte, beendet. Weitere Veranstaltungen sind im Zuge der Eröffnung der EAE im September geplant. Dann wird auch klarer sein, inwiefern die Unterstützung der ehrenamtlichen HelferInnen in den Arbeitsablauf der Einrichtung integrierbar und möglich ist. An einer offenen Willkommenskultur um die EAE in Dölitz Interessierte können sich bis dahin per Mail melden.

📧 Kontakt via Mail:
offenenachbarschaft@gmail.com



Bild: Kay Kamieth

(K)ein Grund zu feiern?

Susanne Scheidereiter Am 12. Juni begingen etwa 10 000 Menschen aus Leipzig und Umgebung das 60. Bundeswehr-Jubiläum

In der General - Olbricht - Kaserne zu Leipzig herrschte Volksfeststimmung, genauso wahrscheinlich in den 14 anderen Veranstaltungsorten deutschlandweit, welche den Tag der Bundeswehr begingen: Das Wetter zeigte sich anfangs noch von seiner schönsten Seite, auf dem riesigen Areal tummelten sich Familien mit ihren kleinen Kindern, Jugendliche, ältere Menschen.

Für das leibliche Wohl wurde gesorgt (Pommes, Eis und Bratwurst).

Zu bestaunen gab es der Dinge vieler: Brückenbau- Panzer, Gefahrengut - Prüfroboter, Hubschrauber vom Typ Tiger, Apache und Leopard II sowie verschiedenste Waffen.

Frauen und Männer in Uniform schlenderten übers Gelände und zeigten sich hinsichtlich der neugierigen Fragen der BesucherInnen offen und gesprächsbereit...

Alles wurde umrahmt von poppiger Musik, selbst eine Kinderbetreuung wurde angeboten, die aber nicht notwendig erschien; ließen die Eltern ihre Sprösslinge doch am Geschehen teilhaben; kleine Kinder krabbelten auf Panzern herum, inspizierten die Hubschrauber, bestaunten Handfeuerwaffen...

Die LVZ widmete in ihrer nächsten Ausgabe so gut wie die gesamte Leipzig - Seite diesem Ereignis: Neben einem Bericht des Feiertages, den Ministerpräsident Stanislaw Tillich mit seiner Anwesenheit würdigte, fanden sich wohlwollende BesucherInnenkommentare, welche sich lobend und überrascht hinsichtlich der Hilfsbereitschaft und Nettigkeit der Soldaten äußerten, sich begeistert zeigten, die Militärfahrzeuge hautnah erleben zu dürfen oder sich über Ausbildungsangebote der Bundeswehr informieren wollten.

Dass es in diesem Gewimmel auch Menschen gab, die sich kritisch zur Bundeswehr positionieren, davon fand sich in der LVZ kein Wort. Zugegeben, der Protest dieser Leipziger FriedensaktivistInnen blieb klein. Noch deutlicher sichtbar am Stand an der Kreuzung vor der Kaserne als bei der stillen Protestaktion im Gelände, brachten sie doch endlich die unerwähnte, hässliche Seite der Bundeswehr zum Ausdruck: auf dem Boden liegend, mit blutverschmierten Laken bedeckt.

Wo war DIE LINKE?

Heeres- Inspekteur Generalleutnant Bruno Kasdorf kündigte an, dass der Tag der Bundeswehr künftig jedes Jahr stattfinden solle.



Bild: Kay Kamieth

Die Redaktion informiert: Testweise Änderung der Schriftgröße

Redaktion Mehr Platz für Inhalt

Die Redaktion des Mitteilungsblattes hat sich bei ihrer Sitzung vom 3. Juni darauf verständigt, die Schriftgröße von bisher 10 Punkt auf 9,5 Punkt zu verkleinern und auch den Zeilenabstand anzupassen. Dadurch ergeben sich knapp 20 % mehr Platz für Text im Heft - oder mehr Platz für Bilder. Letztere lockern den Gesamteindruck des Mitteilungsblattes auf und machen mehr Lust auf die einzelnen Artikel. Wir hoffen, dass die neue Schriftgröße (die sich auch an derjenigen der Landeszeitung orientiert) auch für unsere älteren GenossInnen gut lesbar ist. Sollten GenossInnen Probleme mit der Veränderung haben bitten wir um Hinweise!

Sommerfest des linXXnet im Juli

Am Sonntag, dem 26. Juli, findet das alljährliche Sommerfest des linXXnet statt. Zu diesem laden wir unsere Bündnispartner*innen, Genoss*innen, Freund*innen, Nachbar*innen und Weggefährter*innen herzlich ein. Neben Verköstigung allerlei Art wird es auch wieder eine „Readers Corner“ (dt. in etwa „Vorlese-Ecke“) geben. Die Readers Corner ist offen für alle Gäste. Ihr seid herzlichst ermuntert und aufgefordert, kurze und kurzweilige Texte und Textausschnitte – skurrile wie ernste, fröhliche wie wichtige, hornalte wie brandneue – mitzubringen und vorzustellen. Ansonsten gibt es ein Salatbuffet mit vielen verschiedenen Salaten, Hollli und Lisa am Grill, veganes Chili, selbstgemachte Aufstriche, Bierchen, Sektchen, Alkoholfreies und Co. Holger Weiderauer wird uns den Nachmittag außerdem mit seinem Bandonion klanghaft machen und ein kleines politisches Quiz ist ebenfalls geplant.

So. 26. Juli, 14:00 bis 23:00 Uhr
linXXnet-Hof, Bornaische Str. 3d

Stadtteil- & Sommerfest in Löbnig

Nach dem großen Erfolg des Sommerfests des Stadtbezirksverbandes Süd in Connewitz im letzten Jahr geht es diesmal nach Löbnig. Dort gibt es am Abenteuerspielplatz am Silbersee ab 14:00 Uhr ein umfangreiches Programm für Groß und Klein. Dabei sind unter anderem: Spielmobil, Fassbrause, Puppentheater für Groß und Klein, Ständen, Grill, Kuchen, Tombola, Torwandschießen und eine Hüpfburg. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

Sa. 29. August, 14:00 bis 21:00 Uhr
Abenteuerspielplatz am Silbersee

aktuelle Termine

Außenpolitische Linien der LINKEN

Was sind außenpolitische Grundlinien einer linken Partei? Was macht ein LINKER in der Atlantikbrücke? Vortrag und Diskussion mit Stefan Liebich (MdB).

Di. 11. August, 19:00 Uhr
INTERIM, Demmeringstr. 34

Hoffest Liebkecht-Haus

Traditionelles Hoffest am Liebkecht-Haus. Zu bestaunen gibt es auch den frisch gewachsenen Rasen und den neuen Grill.

Sa. 15. August, ab 14:00
Liebkecht-Haus, Braustr. 15

Griechenland: wie weiter?

Wie geht es mit Griechenland nach dem Votum gegen die Austeritätspolitik weiter? Mit Dr. Axel Troost (MdB).

Di. 18. August, 19:00 Uhr
INTERIM, Demmeringstr. 34

Aktion zum Weltfriedenstag

Ablauf (Planungsstand): Auftaktkundgebung, Spaziergang durch Innenstadt mit 7 Stationen und Redebeiträgen. Anschließend: Übergabe Leipziger Friedenspreis.

Di. 01. September, 17:00 - 19:00 Uhr
Nikolaikirchhof

Aktionswoche: Befristung und Leiharbeit stoppen!

Die Kampagne „Das muss drin sein“ geht in die nächste Phase, diesmal mit einer Aktionswoche zum Thema Befristung und Leiharbeit.

14. - 19. September, dezentral

Bildungsabend: Verkehrs- und Stadtentwicklung in Leipzig

Die Basisgruppe Messemagistrale hat Franziska Riekewald, Stadträtin der Fraktion DIE LINKE im Leipziger Stadtrat als Gast zum Thema eingeladen.

Mi. 21. September, 18:00
Stadtteilzentrum Messemagistrale,
Str. des 18. Oktober 10a

Herausgeberin:

DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig
Braustraße 15, 04107 Leipzig
Fon: 0341 - 14 06 44 11
Fax: 0341 - 14 06 44 18
Web: www.dielinke-leipzig.de
Mail: vorstand@die-linke-in-leipzig.de
Spendenkonto: Sparkasse Leipzig
Konto: 11 25 50 42 22 / BLZ: 860 555 92
Druck: Saxoprint

regelmäßige Termine

Stadtvorstandssitzung

2. Dienstag, 18:30 Uhr, Dachboden,
Liebkecht-Haus, Braustraße 15

Beratung der Ortsvorsitzenden und SprecherInnen der Zusammenschlüsse

3. Dienstag, 18:30 Uhr, Liebkecht-Haus

AG Antifa

1. & 3. Mittwoch, 19:00 Uhr,
linXXnet, Bornaische Str. 3d

AG Behindertenpolitik

auf Anfrage: 0341 - 14 06 44 11

AG Betrieb & Gewerkschaft

1. Mittwoch, 18:30 Uhr, Liebkecht-Haus

AG Cuba si

2. Dienstag, 18:00 Uhr, Liebkecht-Haus

AG Frieden und Gedenken

2. Donnerstag, 18:30 Uhr, Liebkecht-Haus

AG Junge GenossInnen

1. Samstag, 18:00 Uhr, Liebkecht-Haus

AG Linke UnternehmerInnen

3. Samstag, 14:00 Uhr, Monopol,
Haferkornstr. 15

AG LISA - emanzipatorische Frauengruppe

Dienstag, alle 14 Tage fortlaufend, Ort
auf Anfrage: 0177 - 79 71 080

AG Öffentlichkeitsarbeit

1. Mittwoch, 20:00 Uhr, Liebkecht-Haus

AG Senioren

1. Donnerstag, 9:00 Uhr, Liebkecht-Haus

AG Soziale Politik

1. Dienstag, 18:30 Uhr, Liebkecht-Haus

Linksjugend Leipzig

jd. Donnerstag, 20:00 Uhr, linXXnet (Plenum)
1. Donnerstag, 21:00 Uhr, linXXnet (Jour-Fixe)

Ökologische Plattform ADELE

1. Mittwoch, 19:00 Uhr, Liebkecht-Haus

Marxistisches Forum

1. Dienstag, 18:00 Uhr, Kochstr. 132

DIE LINKE.SDS

Mittwoch, 19:00 Uhr, GWZ, Raum
2.116, Beethovenstraße 15

Redaktion: Steffi Deutschmann, Nadja Guld, Kay Kamieth (Vi.S.d.P.), Tilman Loos, Dr. Christina Mertha, Sören Pellmann, Stephan Sander
Gestaltung: Tilman Loos
Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für Nr. 9/2015 ist **Montag, 31.8., 14:00 Uhr**. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnhaltende Kürzungen vor.